

Anwesend:

Mitglied SPD-Fraktion

Ausschussmitglied Nurhayat Bakir-Block
Ausschussvorsitzende Gabriele Schröder

Mitglied CDU-Fraktion

Ausschussmitglied Heidi Bosse

Mitglied Gruppe "GRÜNE und GfW"

Beigeordneter Martin Burkhart
Ausschussmitglied Miguel Schaar/Br. Franziskus

Mitglied Fraktion WIN@WBV

Ausschussmitglied Dr. Angela Kirstges

Mitglied Gruppe "Die BUNTEN"

Ausschussmitglied Frank Uwe Walpurgis

Seniorenvertretung

beratendes Mitglied Günter Hinrichs

Gewerkschaftsbund

beratendes Mitglied Heinz Reinecke

Dezernent

Erster Stadtrat Armin Schönfelder

Fachbereichsleiter

Fachbereichsleitung 50 Michael Koch
Fachbereichsleitung 53 Dr. med. Christof Rübsamen

von der Verwaltung

Gleichstellungsbeauftragte Nicole Biela
Fachbereich 51 Andreas Schlemmer

Protokollführerin

Protokollführerin Stefanie Kallendrusch

Es fehlte entschuldigt

Ausschussmitglied Martin Ehlers
beratendes Mitglied Sabine Gastmann
Grundmandat Michael Kiesewetter
beratendes Mitglied Hilke Schwarting-Boer
Grundmandat Detlef Stump

als Gast

Michael von den Berg (Ratsherr Gruppe GRÜNE und GfW)

Olaf Fischer (Ratsherr Fraktion WIN@WBV)

Jan Meggers (Aids-Hilfe Wilhelmshaven)

Wilma Nyari (Netzwerk deKol)

Andreas Pape (Rotary Club Wilhelmshaven-Friesland)

Marion Reiners (Bürgerverein Fedderwardergroden)

A Öffentlicher TeilTagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Integration vom 27.04.2023
- 4 Anträge Zuschuss aus dem Sozialfonds
 - 4.1 Bürgerverein Fedderwardergroden e.V.
 - 4.2 Afrika Union Wilhelmshaven – Friesland
 - 4.3 Rotary Club Wilhelmshaven - Friesland
 - 4.4 Förderverein Rogate-Kloster St. Michael e.V.
- 5 Situation für Geflüchtete in den städtischen Sammelunterkünften
 - 5.1 Aktueller Sachstand
 - 5.2 Finanzielle Situation
 - 5.3 Situation für Geflüchtete in den städtischen Sammelunterkünften
 - 5.4 Umgang mit Diversität
 - 5.5 Verpflegung in den Sammelunterkünften
 - 5.6 Perspektive Unterbringung ab 01.01.2024
- 6 Mitteilungen und Anfragen
 - 6.1 mögliche Gesundheitsgefährdung durch das LNG-Terminal

Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde mit einer Schweigeminute an den am 26.05.2023 verstorbenen Vorsitzenden Herrn Uwe Reese gedacht.

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Anschließend eröffnete die neue Vorsitzende, Frau Schröder, die Sitzung und begrüßte alle Anwesenden. Sie stellte die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Schaar/Br. Franziskus brachte zu den TOP 5.3 sowie 5.4 Dringlichkeitsanträge (s. Anlagen) ein.

Herr Schönfelder sagte zu diesen Anträgen, dass diese nicht ordnungsgemäß an den Oberbürgermeister gerichtet seien und zudem die Dringlichkeit nicht begründet wurde. Da der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Integration auch nur ein beratender Ausschuss sei und die Beschlussfähigkeit beim Rat liege, schlug er vor, das Ansinnen der Dringlichkeitsanträge bei der Behandlung der TOP vorzutragen und fachlich zu diskutieren. Er verwies hier auch auf die an den Rat gerichteten Anfragen zu diesen Themen und bat um formelle Einbringung der Dringlichkeitsanträge an den Rat.

Herr Schaar/Br. Franziskus bat darum, durch Abstimmung zu den einzelnen Punkten Empfehlungen des Ausschusses an den Rat zu bestimmen.

Zu TOP 5.4 gab Herr Schaar/Br. Franziskus zu Protokoll, dass er die ursprünglich gewählte Formulierung „Andersartigkeit“ als Übersetzung für den Begriff „Diversität“ als problematisch ansehe. Dem stimmte Herr Schönfelder zu, die Berichtigung durch die Verwaltung sei schnellstmöglich erfolgt.

Mit diesen Anmerkungen wurde die Tagesordnung festgestellt.

3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Integration vom 27.04.2023

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Integration vom 27.04.2023, Nr. 4/2023, wurde einstimmig genehmigt.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

4 Anträge Zuschuss aus dem Sozialfonds

4.1 Bürgerverein Fedderwardergroden e.V.

Frau Reiners stellte den Antrag des Bürgerverein Fedderwardergroden für einen Zuschuss zu der Aufarbeitung zweier städtischer Sitzbänke i.H.v. 256,80 € vor. Auch dieses Projekt erfolge wieder in enger Absprache mit den Technischen Betrieben Wilhelmshaven. Die Neubelattung soll durch die BeKA erfolgen. Durch diese Maßnahme würde auch die Kreuzung Posener Straße/Preußenstraße eine optische Aufwertung erfahren.

Herr Walpurgis bedauerte, dass die Stadt hier nicht eigenständig tätig werde und dankte daher für das gezeigte Engagement. Herr Burkhart stimmte dem zu und dankte dem Bürgerverein für die geleistete Arbeit für den Stadtnorden.

Herr Koch sagte, dass seitens der Verwaltung die Prüfkriterien der Zuschussrichtlinien erfüllt seien.

- Der Ausschuss stimmte einstimmig für die Genehmigung des Antrages. -

4.2 Afrika Union Wilhelmshaven – Friesland

Frau Wilma Nyari, Netzwerk deKol Nordwest, stellte den Antrag der Afrika Union Wilhelmshaven/Friesland e.V. auf Zuschuss aus dem Sozialfonds i.H.v. 2.459,49 € vor.

Erstmalig soll im August 2023 in Wilhelmshaven der Diaspora Preis vergeben werden. Mit diesem Preis werden Projekte ausgezeichnet, die sich im besonderen Maße zu den Themen der Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen (SDGs) verdient gemacht haben. Mit dem Zuschuss soll die Vergabe von Preisgeldern ermöglicht werden. Für weitere Informationen verteilte Frau Nyari eine Presseinformation (*s. Anlage*).

Frau Dr. Kirstges dankte für die Arbeit und das Engagement und sicherte die Zustimmung zu.

Herr Koch sagte, dass seitens der Verwaltung alle Prüfkriterien der Zuschussrichtlinien erfüllt seien.

- Der Ausschuss stimmte einstimmig für die Genehmigung des Antrages. -

4.3 Rotary Club Wilhelmshaven - Friesland

Herr Pape, Schatzmeister des Rotary Club Wilhelmshaven-Friesland, stellte den Antrag auf Zuschuss aus dem Sozialfonds i.H.v. 5.000,00 € vor.

Im Rahmen des Projektes „zusammen/Perspektive/schaffen“ sollen in diesem Sommer und Herbst kostenlose Schwimmkurse für 70 Kinder im Alter von 6-10 Jahren aus benachteiligten Familien angeboten werden. Gemeinsam mit dem Schulsozialdienst wurden die Kinder ausgewählt, wobei hier nicht ausschließlich finanzielle Faktoren ausschlaggebend waren.

Herr Walpurgis begrüßte das Projekt und betonte, dass gerade eine Hafenstadt hier eine besondere Verantwortung habe.

Frau Dr. Kirstges wies darauf hin, dass bei einer Weiterführung des Projektes eine Förderung aus dem Sozialfonds nicht mehr möglich sei.

Dazu antwortete Herr Pape, dass dies bekannt sei. Man sei daher hinsichtlich der Finanzierung mit anderen Service-Clubs in Gesprächen. Auch der Kontakt zu der DLRG, den Schwimmvereinen sowie dem Stadtsportbund habe gezeigt, dass der Bedarf sehr hoch sei. Man werde daher versuchen, das Projekt auch zukünftig durchführen zu können.

Herr Burkhardt begrüßte die Suche nach Kooperationspartnern und dankte für das Projekt.

Herr Koch sagte, dass seitens der Verwaltung die Prüfkriterien der Zuschussrichtlinien erfüllt seien.

- Der Ausschuss stimmte einstimmig für die Genehmigung des Antrages. -

4.4 Förderverein Rogate-Kloster St. Michael e.V.

Herr Koch gab bekannt, dass das Projekt „Wärmewinter Wilhelmshaven“ des Förderverein Rogate-Kloster Sankt Michael e.V. nicht stattgefunden habe. Der Zuschuss wurde bereits zurückgezahlt und ist somit wieder verfügbar.

Herr Schaar/Br. Franziskus dankte für die ursprüngliche Bereitstellung der Mittel und ergänzte, dass die Idee und Projektdurchführung von der Diakonie Wilhelmshaven übernommen wurde.

5 Situation für Geflüchtete in den städtischen Sammelunterkünften

Herr Schönfelder führte allgemein in das Thema ein.

Mit Datum vom 25.05.2023 sowie 06.06.2023 seien von Herrn Schaar/Br. Franziskus Anfragen mit umfangreichen Fragenkatalogen mit 17 bzw. 6 Fragen über den aktuellen Sachstand an die Verwaltung gerichtet worden. Die Beantwortung sei für die kommende Ratssitzung geplant.

Im Vorfeld wolle die Verwaltung den Ausschuss über die aktuelle Situation informieren.

5.1 Aktueller Sachstand

Herr Schlemmer, Koordinator Flüchtlingsmanagement, stellte die aktuellen Zahlen vor.

In der Unterkunft Ebertstraße befinden sich zurzeit 155 Flüchtlinge, von denen 94 aus der Ukraine und 61 aus sonstigen Ländern stammen.

In der Albrechtstrasse leben momentan 66 Flüchtlinge aus verschiedenen Ländern. Zusätzlich sind 42 Personen in Wohnungen, die durch die GGS angemietet sind, untergebracht.

Herr Schönfelder ergänzte die Zahlen aus dem Ausländeramt.

Seit Beginn des Krieges wurden durch die Stadt Wilhelmshaven 1.416 Flüchtlinge aus der Ukraine registriert, von denen 1.208 derzeit noch in Wilhelmshaven leben. Seit Jahresbeginn 2023 wurden 233 Flüchtlinge aus der Ukraine registriert.

Seit dem 23.09.2022 werden der Stadt wieder Asylbewerber von der Landesaufnahmebehörde Niedersachsen zugewiesen, die keinen Bezug zur Ukraine haben. Seit diesem Zeitpunkt wurden 220 Personen zugewiesen, davon allein im Jahr 2023 208 Personen.

Im laufenden Asylverfahren befinden sich derzeit 196 Personen (davon 4 Asylfolgeantragsteller/-innen).

5.2 Finanzielle Situation

Zur finanziellen Situation sagte Herr Schönfelder, dass im Rechtsgebiet der Asylbewerberleistungen die Zuweisungen kostendeckend seien. Aufgrund der hohen Verpflegungs- und Betreuungskosten in den Sammelunterkünften entstehe jedoch auf die Gesamtzahl der Flüchtlinge betrachtet ein städtisches Defizit.

Aufgrund der Beschlussfassung des Rates erfolge in den Sammelunterkünften keine Vollverpflegung mehr. Im Rahmen des Vergabeverfahrens wurde daher lediglich die Verpflegung mit einer warmen Mittagsmahlzeit ausgeschrieben. Der beauftragte Anbieter teilte kurzfristig mit, dass er den Vertrag nicht mehr erfüllen könne. Die Leistung muss daher als Interimsleistung nochmals ausgeschrieben werden. Bis zum 26.07.2023 sei die Verpflegung sichergestellt, die neue Vergabe umfasst den Zeitraum 27.07.2023 bis 31.12.2023.

Der Jahresansatz vom 200.000 € werde eingehalten. Die neue Ausschreibung beinhaltet wieder die Ausgabe der Mahlzeiten durch den Anbieter, da die eigenständige Ausgabe durch die Flüchtlinge selbst nicht realisierbar war. Die zusätzlichen Personalkosten werden durch die Reduzierung des Essenspreises aufgefangen.

In der zukünftigen Sammelunterkunft ab 01.01.2024 soll eine selbstständige Verpflegung der Flüchtlinge erfolgen.

5.3 Situation für Geflüchtete in den städtischen Sammelunterkünften

Herr Schönfelder sagte einleitend, dass sich die bereits erwähnten Anfragen von Herrn Schaar/Br. Franziskus auf die Themenbereiche zu TOP 5.3 und TOP 5.4 beziehen.

Die Anfragen seien in Bearbeitung. Hierbei werde auch deutlich die Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen dem städtischen Flüchtlingsteam und der Betreuung durch das Deutsche Rote Kreuz dargestellt. Die Unterbringung des Flüchtlingsteams im Gebäude der Sammelunterkunft führe zu missverständlichen Erwartungen.

Herr Schaar/Br. Franziskus berichtete, dass ihm seit Wochen von Bewohnern und Kontaktpersonen Erlebnisse zugetragen werden, die untragbare Verhältnisse in der Flüchtlingsunterkunft schildern. Er habe daher drei Anfragen an den Oberbürgermeister Herrn Feist gerichtet. Er bittet hier um schriftliche Beantwortung.

Auch hätte er sich eine Teilnahme des DRK an dieser Sitzung gewünscht.

Auch die Flüchtlinge hätten bereits einen Beschwerdebrief an die Verwaltung geschrieben. Darin gehe es u.a. um Ungleichbehandlung, fehlendes Einfühlungsvermögen, fehlende Hilfestellungen, fehlende Wertschätzung und Empathie. Ebenso bemängelte er das Fehlen eines Schutzkonzeptes.

Herr Schönfelder erklärte, dass es auch bereits im Vorfeld zur Sitzung zu Kontakten bezüglich der gestellten Anfragen gekommen sei. Er wies darauf hin, dass öffentlich geäußerte Anschuldigungen gegen Mitarbeitende aus dem Flüchtlingsteam strafrechtliche Konsequenzen haben können. Eine Diskussion im nichtöffentlichen Teil der Sitzung wäre angemessen.

Den Anschuldigungen werde nachgegangen und es erfolge eine ausführliche Stellungnahme in der Beantwortung der Anfragen. Die Aufgabe des Flüchtlingsteams sei zunächst das Fungieren als zentrale Ansprechstelle für die Flüchtlinge sowie der beauftragten und betreuenden Institutionen, anderen Behörden und z.B. auch Ärzten.

Es erfolge keine rechtliche Beratung oder Widerspruchsführung. Als weitere Aufgaben nannte er die Koordinierung und Optimierung von Prozessen innerhalb der Unterkunft und dem Zugang zu Behörden, Kostenaufstellungen und Haushaltsüberwachung sowie das Zusammenstellen von Daten.

Einzelne Verfehlungen im Kontakt zu den Flüchtlingen seien auf die Arbeitsbelastung zurückzuführen. Ebenso sei es auch gegen die Beschäftigten bereits zu Aggressionen seitens der Flüchtlinge gekommen. Allgemein habe sich der Umgangston auch in den Bereichen Ausländeramt und Asylbewerberleistungen verschärft.

Zum Schutzkonzept sagte er, dass dieses aus den Jahren 2015/2016 seitens der Flüchtlinge überarbeitet und aktualisiert wurde. Ein Aspekt des Konzeptes sei es z.B., bei Gefährdung einzelner Flüchtlinge diese in der anderen Unterkunft bzw. auch in Wohnungen unterzubringen. Ein Schulungsbedarf wurde aufgenommen. Auch sehe er den Bedarf für ein Schutzkonzept für die Beschäftigten.

Frau Bakir-Block begrüßte den beiderseitigen Schutz. Bei fehlendem Personal müsste dies aufgestockt werden, ebenso sollte ungeeignetes Personal anderweitig eingesetzt werden.

Herr von den Berg appellierte an die Verantwortung für die Geflüchteten, die eine besondere Situation durchleben mussten und die das Verständnis und die Hilfe aller bedürfen.

Frau Biela sagte, dass sie bei der Überarbeitung des Schutzkonzeptes beteiligt war. Nachfolgend erfolgte leider keine Einbeziehung mehr. Gerade hinsichtlich der Unterzeichnung der Charta der Vielfalt, die in ihren Zuständigkeitsbereich falle, bat sie zukünftig um eine engere Zusammenarbeit.

Frau Dr. Kirstges registrierte beiderseitige Überforderung und Schwierigkeiten aufgrund des bestehenden Drucks und der großen Not. Auch der Rat sei hier gefragt, die Situation für alle zu verbessern. Kommunikationsprobleme sollten behoben werden.

Herr Schaar/Br. Franziskus zweifelte an, dass das bestehende Schutzkonzept funktioniere. Auch ein Beschwerdemanagement sei nicht vorhanden. Er verwies daher auf den gestellten Dringlichkeitsantrag und bat um Abstimmung zu den einzelnen Punkten. Er kritisierte zudem, dass frühere Empfehlungen, wie z.B. die Bereitstellung von WLAN, nicht umgesetzt wurden.

Herr Schönfelder wies dies zurück, es gebe schon länger WLAN in den Unterkünften. Durch solche pauschalisierten Falschaussagen entstehe der Eindruck, dass die Verwaltung die Beschlüsse der politischen Gremien ignoriere und nicht tätig werde. Durch das kurzfristige Einreichen der Dringlichkeitsanträge werde der Verwaltung zudem keine Möglichkeit zur Vorbereitung der Anliegen gegeben. Zudem müsste dann auch die Dringlichkeit begründet werden.

Zu den Äußerungen von Frau Bakir-Block, man würde Beschwerden nicht zeitnah aufarbeiten, sagte Herr Schönfelder, dass man allen Beschwerden nachgehe und gegebenenfalls auch an die Polizei weiterleite. Neben dem Flüchtlingsteam seien rund um die Uhr Ansprechpartner vom DRK sowie des Sicherheitsdienstes vor Ort. Diese werden auch an der Beantwortung der Anfrage beteiligt.

Es folgte eine Pause von 16:29 Uhr bis 16:42 Uhr.

Herr von den Berg sagte, dass die Diskussion zeige, dass die Situation in den Unterkünften sowie auch die Zusammenarbeit zwischen Politik und Verwaltung verbesserungswürdig sei. Er stellte daher die Frage zum Handlungskonzept sowie der Beteiligung der Gleichstellungsbeauftragten. Zudem fragte er, ob die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen für ihre Aufgabe entsprechend geschult wurden und fortlaufend weitergeschult werden. Zudem sei ihm nicht bekannt, wie die Betreuung durch das DRK erfolge und welche Qualifikationen hier von den Mitarbeitenden gefordert wurden.

Frau Biela berichtete, dass es gerade auch im Umgang mit queeren Menschen Expertisen gebe, die in entsprechende Handlungs- und Schutzkonzepte eingearbeitet werden müssten.

Frau Schröder sagte, dass ihr das Schutzkonzept des Landes Niedersachsen vorliege und dass dies sehr umfangreich sei. Sie bat daher auch um die Verfügungsstellung des Schutzkonzeptes der Stadt Wilhelmshaven. Ebenso empfahl sie eine öffentliche Auflistung der Aufgabenverteilung zwischen dem Flüchtlingsteam und den Betreuungskräften des DRK, bestenfalls in mehreren Sprachen.

Das Zusammenleben von unterschiedlichen Menschengruppen führe lt. Herrn Burkhart immer wieder zu Konflikten. Daher müssen die Funktionen und Kompetenzen klar benannt werden. Da dies Vertragsinhalte seien, bat er um Mitteilung dieser. Ebenso bat er um Zusendung des Handlungskonzeptes. Er bemängelte, dass die bereits vor einem Monat gestellten Anfragen noch zu keinen Konsequenzen geführt hätten bzw. keine Reaktionen und Maßnahmen der Verwaltung in dieser Sitzung benannt werden. Auch mahnte er eine Beteiligung der Gleichstellungsbeauftragten an.

Herr Schönfelder sicherte dies zukünftig zu. Auf Grundlage der Anfragen, die ausführlich in der Ratssitzung beantwortet werden, hätten sich bereits Aufträge ergeben. Weitergehende Handlungsbedarfe müssten auch von der Politik benannt werden. Ebenso bestehe seitens der Verwaltung das Angebot an den Ausschuss, die Flüchtlingsunterkunft zu besuchen.

Herr Schaar/Br. Franziskus bat um Abstimmung über die Einzelpunkte des Dringlichkeitsantrages, um ein Meinungsbild bzw. Empfehlung des Ausschusses abzugeben. Der Ausschuss stimmte dem einstimmig zu.

Herr Schaar/Br. Franziskus las die Punkte 1-7 vor. Es folgte die Abstimmung.

Punkt 1: einstimmig zugestimmt

Punkt 2: mehrheitlich zugestimmt

Punkt 3: einstimmig zugestimmt

Punkt 4: einstimmig zugestimmt

Punkt 5: mehrheitlich zugestimmt

Punkt 6: einstimmig zugestimmt

Punkt 7: einstimmig zugestimmt

5.4 Umgang mit Diversität

Herr Schaar/Br. Franziskus berichtete, dass die Situation gerade für queere Personen besonders schwierig sei. Diese würden sie als unzumutbar bezeichnen, sodass einige bereits Suizidgedanken hätten. Diskriminierungen anderer Bewohner blieben seitens der Verwaltung ohne Reaktion, da lt. deren Aussage das DRK zuständig sei. So seien bereits Personen trotz des Angebotes einer eigenen Wohnung in den Sammelunterkünften verblieben, um andere Betroffene zu unterstützen und ihnen beizustehen.

Diese Problematik sei auch aus anderen Städten bekannt. Er fordere jedoch, dass seitens der Stadtverwaltung ein anderer Umgang mit der Situation erfolge. Er schilderte beispielhaft eine Situation, in der ein städtischer Mitarbeiter unangemessene Äußerungen getätigt habe. Auch hierin begründe sich der Dringlichkeitsantrag.

Herr Schönfelder kritisierte nochmals deutlich, dass hier im öffentlichen Teil Behauptungen aufgestellt werden, ohne dass die betreffende Person dazu Stellung nehmen könne. Der Wahrheitsgehalt müsse im Vorfeld ermittelt werden. Er fragte

daher, ob mit der Person überhaupt das Gespräch gesucht wurde.

Herr Schaar/Br. Franziskus sah es als seine Pflicht als Ratsherr an, den ihm zugetragenen Schilderungen nachzugehen. Auch sei keine namentliche Nennung des Mitarbeiters erfolgt.

Herr Schönfelder führte weiter aus, dass seitens der Verwaltung aufgrund der Vorwürfe mit dem Flüchtlingsteam der Sachverhalt besprochen und aufgeklärt wurde. Die geäußerte Aussage sei so nicht erfolgt. Die Anschuldigungen entsprächen daher nachweislich nicht der Wahrheit.

Herr von den Berg machte ebenfalls seine Verpflichtung als Ratsherr deutlich und bat um die Bereitschaft zur Schaffung und Mitteilung von Lösungsansätzen seitens der Verwaltung zum Schutz der hilfebedürftigen Personen in den Sammelunterkünften.

Herr Schönfelder verlas im Vorfeld zu der anstehenden Beantwortung der Anfragen im Rat, dass das bestehende Schutzkonzept ein besonderes Augenmerk auf vulnerable Gruppen lege. Es finde ein regelmäßiger Austausch mit dem DRK statt. Aufgrund der momentanen Unterbringungssituation sei das Angebot von „Safer Spaces“ nicht möglich, sodass die Unterbringung der queeren Personen in separaten, abschließbaren Zimmern erfolge. Wenn möglich, werden auch Wohnungen angeboten.

Frau Dr. Kirstges bezeichnete die Diskussion als festgefahren. Man dürfe nicht in Einzelfalldiskussionen verharren, sondern brauche aktive Lösungsansätze. Auch Frau Schröder plädierte dafür, den vorliegenden Sachverhalt außerhalb des Gremiums im kleinen Kreis mit allen Beteiligten zu klären.

Sie stellte daher gem. der Geschäftsordnung den Antrag auf Beendigung der Diskussion.

- Dem Antrag wurde mit 2 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen und 2 Nein-Stimmen nicht zugestimmt. -

Auf Wunsch von Herrn Schaar/Br. Franziskus bewertete Frau Biela die Situation. Die Mitarbeitenden seien in dem Umgang mit Diversität in einer hohen Belastungssituation und benötigten Unterstützung, evtl. durch mehr oder gezielteres Personal. Ein neues Schutzkonzept müsste im Sinne aller Beteiligten derart ausgestaltet werden.

Auf Antrag von Herrn Schaar/Br. Franziskus wurde den Sachverständigen der anwesenden Institutionen das Rederecht erteilt.

Daraufhin berichtete Herr Meggers, dass die Aids-Hilfe in der Unterkunft in der Ebertstraße ein Gespräch geführt habe. Es sei deutlich geworden, dass es Bedarfe seitens der Mitarbeitenden hinsichtlich Fortbildung und Unterstützung gebe. Er appellierte daher an den Einsatz von entsprechendem Personal sowie Schulungsmaßnahmen im Umgang mit Diversität.

Frau Nyari wies darauf hin, dass sich die Anwendung von Awareness-Konzepten nach allen Seiten orientiere. Diese Bezeichnung ermögliche es, alle Perspektiven des Zusammenlebens aufzunehmen. Auch die Einbeziehung unabhängiger Experten

mit dem Blick von außen könnte zielführend sein.

Dazu sagte Herr Schönfelder, dass das vorhandene Schutzkonzept als Awareness-Konzept bezeichnet werden könne, da es sowohl die Bewohner/-innen sowie auch die Mitarbeitenden einbeziehe. Auch gehe es insbesondere auf die Frage der Diskriminierung ein. Es ist auf Grundlage der üblichen Schutzkonzepte ergangen und auf Sammelunterkünfte ausgerichtet.

Frau Schröder rief zur Abstimmung über die Einzelpunkte des Dringlichkeitsantrages auf.

Herr Burkhardt verlas die Punkte 1-6.

Punkt 1: mehrheitlich zugestimmt

Punkt 2: einstimmig zugestimmt

Punkt 3: mehrheitlich zugestimmt

Punkt 4: einstimmig zugestimmt

Punkt 5: mehrheitlich zugestimmt

Punkt 6: einstimmig zugestimmt

5.5 Verpflegung in den Sammelunterkünften

Herr Schönfelder verwies auf seine Ausführungen zu TOP 5.2.

Die Ausschreibung des Caterings (Mittagsverpflegung und Essenausgabe) über den Vertragszeitraum vom 27.07.2023 bis zum 31.12.2023 befinde sich in der Angebotsphase. Eine reguläre Auftragsvergabe könnte daher erst nach der sitzungsfreien Zeit erfolgen.

Um eine Versorgungslücke zu vermeiden, werde die Verwaltung eine Beschlussvorlage in den Finanzausschuss, VA sowie Rat einbringen, welche sie ermächtigt, die Auftragsvergabe an das wirtschaftlichste Angebot, welches innerhalb der Kostenschätzung liegt, zu vergeben.

5.6 Perspektive Unterbringung ab 01.01.2024

Herr Schönfelder führte aus, dass der Umzug aus der bisherigen Flüchtlingsunterkunft in der Ebertstraße in die neue Unterkunft im Dezember 2023 geplant sei.

Momentan werde eine Vielzahl von Unterkünften anhand einer Bewertungsmatrix beurteilt. Betrachtet werden hierbei u.a. die Punkte finanzielle Auswirkungen, Mietzins, Herrichtungskosten sowie die Installation der Selbstverpflegungsmöglichkeiten. Es bestehe zudem die Überlegung, ab 01.01.2024 nur noch eine große Sammelunterkunft zu betreiben.

Bei den Unterkünften handle es sich um städtische Gebäude sowie auch Immobilien von Fremdanbietern. Auch die Anmietung von Containern werde betrachtet.

Herr Burkhardt bat um Mitteilung der Bewertungsmatrix an die Ratsmitglieder zur Vorbereitung der Entscheidung.

Frau Bakir-Block fragte, ob für die Flüchtlingsunterkunft Fördermittel beantragt werden könnten. Herr Schönfelder sagte, dass sich die Fördermaßnahmen auf die Zuweisungen von Bund und Land beschränkten. Evtl. könnten für energetische Veränderungen der Gebäude Fördermittel beantragt werden.

Frau Dr. Kirstges bat darum, die Politik frühzeitig in die Entscheidungsfindung einzubeziehen.

6 Mitteilungen und Anfragen

6.1 mögliche Gesundheitsgefährdung durch das LNG-Terminal

Frau Bakir-Block sagte, dass nach ihrer Kenntnis die Anzahl der Krebserkrankungen im Stadtgebiet steigend sei. Sie bat Herrn Dr. Rübsamen um Stellungnahme, ob hier ein Zusammenhang mit dem Methanausstoß des LNG-Terminals bestehen könnte.

Herr Dr. Rübsamen antwortete, dass Methan an sich kein gesundheitsgefährdendes Gas sei. Methan schädige die Ozonschicht und habe somit indirekt Auswirkungen auf die Menschheit und die Umwelt.

Durch den Umschlag von Erdölprodukten entstünden zudem benzolhaltige Dämpfe. Ob diese allerdings zu einer Vermehrung der Krebserkrankungen führe, sei erst nach 15-30 Jahren nachweisbar.

Das nationale Krebsregister in Niedersachsen mache genaue, auch kleinräumige Auswertungen. Bislang liegen diesbezüglich noch keine Hinweise vor.

Derzeitig werde untersucht, ob die Chlorierung des Meerwassers durch ein Ultraschallverfahren ersetzt werden kann, um Schäden an der Meeresflora- und Fauna zu vermeiden.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 18:10 Uhr

gez.

Schönfelder
Dezernent

gez.

Schröder
Vorsitzende

gez.

Kallendrusch
Protokollführerin